

Presseerklärung

Podiumsdiskussion zum Thema: Weitere Nutzung der Atomenergie und Ausbau erneuerbarer Energien in der Region 14 Oktober 2010

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Kreisverband Hameln – Pyrmont und das Anti-Atom-Plenum Weserbergland laden zu einer Diskussionsveranstaltung ein:

Samstag, 23 Oktober, 17 Uhr, Sumpflume, Hameln

Klimaschutz und versiegendes Öl erfordern zwingend den zügigen Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Die Netze müssen möglichst schnell von Atomstrom befreit werden und Platz machen für Strom aus Wind und Sonne.

Eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist voller Risiken und behindert den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, ein Endlager gibt es bis heute nicht.

Inzwischen gibt es in Deutschland über 100 Regionen, die sich zum Ziel gesetzt haben, so schnell wie möglich energieautark zu werden. Allein bei Strom ist das schon etlichen Landkreisen gelungen. Salzhemmendorf erzeugt mit Biogas und Windkraft schon doppelt so viel Strom, wie die Einwohner verbrauchen.

Im September kamen zu einem 100%-Kongress in Kassel über 750 Menschen, die 100%-Idee entfaltet eine große Strahlkraft. Treibendes Motiv ist, das Geld im Lande zu halten, das bisher für Energiezukäufe von extern (Öl, Gas, Kohle) ausgegeben wird.

Dies alles zeigt, dass Deutschland auf dem besten Wege ist, der Welt ein Signal zu geben, dass eine CO₂-freie Energie-Versorgung möglich ist. Heute schon arbeiten über 340.000 Menschen in der Industrie der erneuerbaren Energien, bis 2020 können es 680.000 sein.

Wollen wir die Probleme Klimawandel und versiegendes Erdöl in den Griff bekommen, muss die ganze Welt die Energiewende vollziehen. Das sind die Arbeitsplätze der Zukunft, allein Siemens bestreitet heute schon über die Hälfte seines Umsatzes mit Techniken der erneuerbaren Energien und hat folgerichtig den Appell von deutschen Wirtschaftslenkern für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken auch nicht unterschrieben.

Energiewende in Hameln-Pyrmont

Im Landkreis Hameln-Pyrmont wurde durch CO₂-Bilanz, Klimaschutzkonzept und Klimaschutzagentur das Tor zur Energiewende weit aufgestoßen. Bis 2020 ist es möglich, 49 % des Stromes aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Die Bundesregierung strebt an, bis 2050 mindestens 85 % des Energiebedarfs regenerativ zu decken. Wenn es gewollt wird, ist es aber möglich, sehr viel schneller, innerhalb weniger Jahre, komplett auf 100% regenerativ erzeugten Strom umzustellen. Bei Strom und Wärme können bei uns im Landkreis bis 2020 jährlich Summen in der Größenordnung von 68 Mio. Euro verbleiben, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Energieeinsparung durchgeführt werden. Durch Ausbau und Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien können bei uns bis 2020 jährlich 7 Mio. Euro Umsatz erzielt werden.

Risiko

Dagegen tragen die Menschen im Weserbergland die Risiken. Allein die Dauerniedrigstrahlung stellt ein großes Krebsrisiko dar. Ganz zu schweigen von der Gefahr eines atomaren Unfalles. Hinzu kommt, dass Grohnde der Gefahr von terroristischen Flugzeugangriffen ausgesetzt ist. Inzwischen gibt es tragbare panzerbrechende Waffen, die auch dem Atomkraftwerk Grohnde gefährlich werden könnten.

Je weiter die atomare Energieerzeugung verbreitet wird, je einfacher wird es sogenannten Schurkenstaaten wie dem Iran gemacht, Uran anzureichern und Atombomben zu bauen.

Versorgungssicherheit:

Deutschland erzeugt nicht ein einziges Gramm Uranbrennstoff selbst, ist hier völlig von Importen abhängig. Wird hingegen so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz umgestellt, so retten wir nicht nur das Klima, sondern schützen uns vor steigenden Energiepreisen, da das Öl zur Neige geht.

Klimaschutz

Obwohl die „Klimakanzlerin immer da ist“, wie Merkel neulich in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung ausführte, war sie zumindest bei den Verhandlungen mit der Atomindustrie nicht sichtbar.

„Brückentechnologie“

Durch den Betrieb des Atomkraftwerkes Grohnde verdienen e.on und die Stadt Bielefeld täglich über eine Million Euro. Zeitweise ist davon so gut wie keine Gewerbesteuer in Emmerthal angekommen.

Die vielzitierte Brücke ist durch den bestehenden Atomausstieg bereits definiert.

Alle **unabhängigen** Forschungsinstitute vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt bis hin zum Solarforschungsinstitut in Emmerthal, der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung und selbst das Umweltbundesamt halten die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke für nicht erforderlich. Darüber hinaus wird eine Verlängerung sogar für schädlich gehalten, weil der unflexible Atomstrom sich nicht an den schwankenden Wind- und Sonnenstrom anpassen kann.

Viele Stadtwerke, auch die Stadtwerke Hameln, investieren in großem Umfang in erneuerbare Energien und flexible Gas- und Dampf-Kraftwerke im Vertrauen auf den beschlossenen Ausstieg. Durch die beschlossene Verlängerung wird dieser dynamischen Entwicklung der erneuerbaren Energien der Wind aus den Segeln genommen. Diese Dynamik brauchen wir aber, um dem Klimawandel wirksam entgegenzutreten.

Zu einer positiven Bewertung der Laufzeitverlängerung kommt lediglich ein Gutachten, das die Bundesregierung beim EWI (Energiewissenschaftliches Institut) Köln bestellt hatte. Das verwundert nicht, denn man muss wissen, dass die Energiekonzerne e.on und RWE dieses Institut mit vielen Millionen Euro fördern, sie sind auch in den Gremien dieses Institutes vertreten.

Die Preisfrage

Schon Helmut Kohl hatte vom Prognos-Institut ausrechnen lassen, dass der volkswirtschaftliche Preis für eine Kilowattstunde Atomstrom 2 Euro beträgt. (Inclusive Forschung und Endlagerung)

Dagegen erscheint Solarstrom mit 40 Cent geradezu billig. Der bei einer 100% regenerativen Stromversorgung zu bezahlende Preis liegt aber wesentlich niedriger. Schafft man ein Verbundnetz mit norwegischen Pumpspeicherwerken zur Speicherung von Nachtwindstrom, so beträgt der Preis je Kilowattstunde nach Berechnungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung etwa 7 bis 8 Cent.

Demokratisierung der Energieversorgung

Man hat ausgerechnet, dass die Laufzeitverlängerung den vier Atomstrom-Konzernen einen Anteil an der Stromversorgung von über 80 Prozent auf lange Zeit sichert. Bleibt es beim Atomausstieg, so sinkt dieser Anteil auf 50 % – die Vorherrschaft der Energie-Konzerne wäre gebrochen, viele Stadtwerke und Bürger würden zu Stromerzeugern, die Stromerzeugung würde demokratisiert.

Endlagerung

Ein Endlager ist bis heute nicht gefunden, Gorleben tauchte auf einer von Wissenschaftlern angelegten Liste möglicher Standorte nicht auf. Gorleben wurde auf Weisung des ehemaligen Ministerpräsidenten Albrecht aus lediglich politischen Gründen in die Liste aufgenommen.

Die Lagerung im Salz wird von den Niederlanden und den USA abgelehnt, weil das Salz unter dem Einfluß von heißem strahlenden Material unkalkulierbare Reaktionen zeigt.

Die über 4 Milliarden Euro teure Sanierung des Atomlagers Asse sollte allen eine Warnung sein.

Fazit:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist vor den Lobbyinteressen der Atomindustrie wider besseren Wissens eingeknickt. Sie setzt den sozialen Frieden in diesem Land und Deutschlands dynamische Entwicklung bei den Techniken der Erneuerbaren Energien aufs Spiel. Damit riskiert diese Regierung, dass wertvolle Jahre bei der Realisierung der Energiewende und damit für wirksamen nachhaltigen Klimaschutz verloren gehen. Dies ist im Sinne eines effektiven Klimaschutzes nicht zu verantworten.

Wir werden das so nicht hinnehmen. Wir werden breite Bündnisse schmieden und uns mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln dafür einsetzen, dass es nicht zur Realisierung dieser atomfreundlichen und menschenfeindlichen Politik kommt. Die umweltpolitischen Lasten, die wir an unsere Kinder und Kindeskiner sowieso schon vererben, dürfen nicht noch um diese große Atomhypothek erweitert werden.

Rainer Sagawe

Klimapolitischer Sprecher des BUND Hameln-Pyrmont